

Voranschlag 2011

Sperrfrist: 17.9.2010, 09.30 Uhr

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates
an den Kantonsrat von Solothurn
vom 14. September 2010, RRB Nr. 2010/1656

Zuständiges Departement

Finanzdepartement

Vorberatende Kommission(en)

Sachkommissionen

Finanzkommission

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung	3
1. Übersicht	6
1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen	6
1.2 Zum Budgetierungsprozess	7
1.3 Die Eckdaten zum Voranschlag 2011 im Vergleich zum Voranschlag 2010	9
1.3.1 Übersicht	9
1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2010 und Voranschlag 2011	11
1.3.3 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2009 und Voranschlag 2011	12
1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage	14
1.4.1 Entwicklung der Finanzkennzahlen 2007 – 2011	14
1.4.2 Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen 2007 – 2011	15
2. Globalbudgets	17
2.1 Qualitätssicherung bei den mehrjährigen Globalbudgetvorlagen	19
2.2 Auftrag Kantonsrat betreffend Finanzgrössen	19
3. Entwicklung in den einzelnen Departementen	21
3.1 Erfolgsrechnung	21
3.2 Investitionsrechnung	23
4. Die grössten Aufwandpositionen	28
4.1 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2010 – 2011	28
4.1.1 Pensensübersicht	30
4.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen	32
4.3 Zinsendienst	33
4.4 Abschreibungen	33
4.4.1 Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen	33
4.4.2 Abschreibungen auf dem Finanzvermögen	33
4.4.3 Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen	35
4.5 Spezialfinanzierung Strassenbaufonds	35
4.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen	36
4.7 Soziale Sicherheit	38
5. Die grössten Ertragspositionen	40
5.1 Bundesanteile	40
5.2 Staatssteuerertrag	42
5.3 Nebensteuern	42
6. Antrag	44
7. Beschlussesentwurf	45

Kurzfassung

Mit dem Voranschlag 2011 werden folgende zentrale Finanzkennzahlen ausgewiesen:

Finanzkennzahl	Betrag
<u>Erfolgsrechnung</u>	
Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss)	93,2 Mio. Fr.
- Abschreibungen auf Investitionen	94,5 Mio. Fr.
= Ergebnis der Erfolgsrechnung (Nettoaufwandüberschuss)	- 1,3 Mio. Fr.
<u>Investitionsrechnung</u>	
Ausgaben	212,9 Mio. Fr.
- Einnahmen	74,0 Mio. Fr.
= Nettoinvestitionen	138,9 Mio. Fr.
<u>Finanzierung</u>	
Cash Flow (Bruttoertragsüberschuss)	93,2 Mio. Fr.
- Nettoinvestitionen	138,9 Mio. Fr.
= Finanzierungsergebnis (Finanzierungsfehlbetrag)	- 45,7 Mio. Fr.
Selbstfinanzierungsgrad (= Cash Flow in % der Nettoinvestitionen)	67%

- Lohnanpassung

Auch in diesem Jahr haben die Vertragsparteien, gestützt auf Artikel 17 des Gesamtarbeitsvertrages (GAV), über die Lohnentwicklung beschlossen. Die Verhandlungsführung obliegt gemäss Artikel 10 Buchstabe h) GAV, der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO). Die GAVKO hat sich nach Verhandlungen auf eine Lohnerhöhung für das Staatspersonal von 0,7% ab dem 1. Januar 2011 geeinigt (Basis: ausgerichtete Löhne 2010). Die daraus folgenden Kosten von insgesamt rund 4,9 Mio. Fr. wurden entsprechend ins Budget 2011 aufgenommen.

- Vergleich mit dem Voranschlag 2010

Mit einem **Aufwandüberschuss in der Erfolgsrechnung** von 1,3 Mio. Fr. muss im Voranschlag wie im Vorjahr ein negatives Ergebnis ausgewiesen werden (Voranschlag 2010: 3,5 Mio. Fr.). Der voraussichtliche Aufwandüberschuss würde zu einer minimalen Abnahme des Eigenkapitals führen.

Die **Nettoinvestitionen** sind leicht höher als im Vorjahr. Im Voranschlag 2010 belaufen sich diese auf 131,1 Mio. Fr., im vorliegenden Budget 2011 auf 138,9 Mio. Fr.. Dies entspricht einer Zunahme von 7,8 Mio. Fr.. Von den 138,9 Mio. Fr. Nettoinvestitionen sind 23,1 Mio. Fr. für das Umfahrungsprojekt in Olten (ERO), 17,5 Mio. Fr. für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten, 8,6 Mio. Fr. für den Neubau der Justizvollzugsanstalt „im Schache“ sowie 6,0 Mio. Fr. für die Hochwasserschutzprojekte Aare und Emme vorgesehen.

Der **Cash Flow** ist gegenüber dem Voranschlag 2010 leicht höher ausgefallen. Mit 93,2 Mio. Fr. übertrifft er den Budgetwert aus dem Vorjahr um 2,2 Mio. Fr..

Der **Selbstfinanzierungsgrad** reduziert sich von 69% im Vorjahr auf 67%. Ein Selbstfinanzierungsgrad von unter 100% bedeutet eine Zunahme der Nettoverschuldung. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 67% ist im Jahr 2011 mit einer Erhöhung der Nettoverschuldung in der Höhe von 45,7 Mio. Fr. zu rechnen.

- Vorgaben der Finanzkommission

Dank intensiven Bemühungen konnte die Vorgabe der Finanzkommission fast erfüllt werden. Der Aufwandüberschuss von 1,3 Mio. Fr. überschreitet knapp die ehrgeizige Vorgabe der Finanzkommission (ausgeglichene Erfolgsrechnung inklusive Lohnmassnahmen und dem zusätzlichen Staatsbeitrag für den direkten Finanzausgleich von rund 15 Mio. Fr.). Die Nettoinvestitionen übertreffen mit 138,9 Mio. Fr. die gemäss IAFP 2011 – 2014 geplanten Investitionen von 138,5 Mio. Fr. minim.

- Entwicklung der Finanzlage

Aufgrund der zeitverschobenen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise schliesst der Voranschlag für das Jahr 2011 zum zweiten Mal nacheinander wieder mit einem leichten Aufwandüberschuss ab.

Die markante Verschlechterung gegenüber der Rechnung 2009 ist insbesondere auf

- die rückläufigen Steuererträge aufgrund der Wirtschaftskrise bei den juristischen Personen (– 46 Mio. Fr.) und den natürlichen Personen (– 15,9 Mio. Fr.) sowie die teilweise Abschaffung der Handänderungssteuern beim Erwerb von Grundstücken (– 9,6 Mio. Fr.),
- den tieferen Ertrag aus dem NFA-Ressourcenausgleich aufgrund der jährlichen Neuberechnung (– 14,0 Mio. Fr.),
- die Mehrkosten von 15 Mio. Fr. jährlich für die Übergangsfinanzierung im Finanzausgleich der Einwohnergemeinden,
- sowie weiterhin steigende Kosten im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen

zurückzuführen.

Die jährlich steigenden Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich sowie in der Bildung werden, wie im Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2011 – 2014 ausgewiesen, zu einer weiteren Verschlechterung der Finanzkennzahlen in den nächsten Jahren führen. Ein grosser Teil dieser Kostensteigerungen kann vom Kanton allerdings nicht direkt beeinflusst werden.

Für die Beibehaltung des politischen Handlungsspielraums und zur Verhinderung von strukturellen Defiziten muss die erfolgreiche, vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre weitergeführt werden. Dies besonders auch im Lichte der mittelfristigen Finanzplanung, welche namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziale Wohlfahrt und Bildung von beträchtlichen Kostensteigerungen ausgeht.

1. Übersicht

1.1 Die wichtigsten Rahmenbedingungen

Formell richtet sich der Voranschlag 2011 nach dem Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003 (WoV-G; BGS 115.1).

Materiell sind die folgenden Grundlagen und Aufträge von Bedeutung:

Vorgaben der Finanzkommission vom 28. April 2010

Als Grundlage für die Vorgaben standen der Finanzkommission der IAFP 2011 bis 2014 und das Rechnungsergebnis 2009 zur Verfügung. Gemäss IAFP wird im Jahre 2011 ein operatives Defizit von 7,6 Mio. Fr. und ein Finanzierungsfehlbetrag von 54,4 Mio. Fr. prognostiziert. Die Nettoinvestitionen werden mit 138,5 Mio. Fr. ausgewiesen.

Angeichts der zeitverschobenen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise und der nach wie vor labilen Wirtschaftslage hat die Finanzkommission an ihrer Sitzung vom 28. April 2010 in Abweichung zum Planungsbeschluss „Integrierter Aufgaben- und Finanzplan“ des Kantonsrates vom 11. März 2008 (mindestens eine ausgeglichene Erfolgsrechnung, einen Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 100% und somit keine Neuverschuldung) verlangt, dass die Erfolgsrechnung ausgeglichen sein soll. Die Nettoinvestitionen sollen jedoch wie geplant ausgeführt werden.

Zusätzliche, absehbare Aufwände sind – sollten sie tatsächlich anfallen – im Rahmen dieser Vorgabe zu kompensieren, dies betrifft insbesondere

- die Lohnerhöhung für das Personal;
- die bei einem Rückzug des VSEG-Initiative „Sach- und Finanzverantwortung in Übereinstimmung bringen“ zusätzlich anfallenden jährlichen Kosten von rund 15 Mio. Fr. (zusätzlicher Staatsbeitrag für den direkten Finanzausgleich).

Mit Schreiben vom 10. Mai 2010 teilte der Regierungsrat der Finanzkommission mit, die Vorgaben als Zielgrössen unter den gegebenen Rahmenbedingungen zu akzeptieren.

Grundstückgewinnsteuer

Aus dem Ertrag der 2011 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden je 20% in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein (je 1,2 Mio. Fr.), was dem gleichen Betrag des Vorjahres entspricht.

Allgemeiner Treibstoffzollanteil, Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) und Globalbeitrag Hauptstrassen

Der allgemeine Treibstoffzollanteil von rund 11,1 Mio. Fr., die Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe (LSVA) von rund 12,4 Mio. Fr. sowie der Globalbeitrag Hauptstrassen von 0,8 Mio. Fr. soll vollumfänglich dem Strassenbaufonds zugewiesen werden.

Abschreibungen

Die Abschreibungen auf den Investitionen sind wie bisher mit 10 % auf dem Verwaltungsvermögen und 100 % auf den Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbau) und den Investitionsbeiträgen (seit dem Rechnungsabschluss 2007, analog der Abschreibungspraxis des Bundes) budgetiert. In diesen 10% sind auch die Abschreibungen der neuen, geplanten bedingt rückzahlbaren Darlehen des öffentlichen Verkehrs enthalten.

Lohnerhöhung um 0,7 Prozent ab 1. Januar 2011

Am 1. Januar 2005 ist der Gesamtarbeitsvertrag (GAV) vom 25. Oktober 2004 für das gesamte Staatspersonal – also für das voll- und teilzeitlich beschäftigte Personal der kantonalen Verwaltung, der Gerichte, der kantonalen Schulen, der kantonalen Anstalten, des kantonalen Polizeikorps, der Spitäler, der Zentralbibliothek sowie für die Lehrpersonen der Volksschule und der kommunalen Kindergärten (ohne Musikschullehrpersonen) – in Kraft getreten.

Nach Artikel 17 GAV führen die Vertragsparteien jährlich Verhandlungen über Lohnanpassungen (Teuerungszulage auf dem Lohn und auf den Lohnnebenleistungen sowie Reallohnentwicklung). Die jährlichen Verhandlungen über die Lohnentwicklung gehören nach Art. 10 Buchstabe h GAV zu den Aufgaben der Gesamtarbeitsvertragskommission (GAVKO), die aus je sieben Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite besteht.

Seit Inkrafttreten des Gesamtarbeitsvertrages gilt als Berechnungsgrundlage für die Lohnverhandlungen die mittlere Jahreststeuerung. Diese Berechnungsart gleicht die Zufälligkeit der Jahresteuersentwicklung einer einzigen Jahresperiode aus. Die mittlere Jahreststeuerung vom Juni 2009 bis Mai 2010 betrug 0,13%. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Jahreststeuerung im Herbst, der gegenwärtigen Wirtschaftslage, der Finanzlage des Kantons sowie der Situation auf dem Arbeitsmarkt einigten sich die Parteien auf eine Lohnerhöhung für das Staatspersonal und die Lehrerschaft von 0,7% ab dem 1. Januar 2011 (Basis: ausgerichtete Löhne 2010). Die Löhne betragen somit per 1. Januar 2011 auf der Basis des Landesindexes der Konsumentenpreise vom Mai 1993 (= 100 Punkte) 117.1463 Punkte.

Die Mehrkosten von insgesamt rund 4,9 Mio. Fr. (Erhöhung Besoldungen, Sozialversicherungsbeiträge, Betriebsbeiträge an Spitäler, Sonderschulen und Heime, Lehrerbesoldungssubventionen etc.) sind in den Voranschlag 2011 aufgenommen worden.

1.2 Zum Budgetierungsprozess

Die Vorgaben der Finanzkommission vom 28. April 2010 dienten als Basis für die Eröffnung des Budgetprozesses anfangs Mai 2010. Die Finanzprognosen 2011 des Integrierten Aufgaben- und Finanzplanes IAFP 2011 – 2014 dienten als „Richtbudget“. Da die Zahlen des Richtbudgets in der Erfolgsrechnung von den Vorgaben der Finanzkommission massiv abwichen (Finanzplan 2011: Aufwandüberschuss von 22,7 Mio. Fr. inkl. der Mehrkosten von 15,0 Mio. Fr. für den direkten Finanzausgleich), startete der Budgetprozess am 10. Mai 2010.

In den Budgetverhandlungen mit den Departementen kann die Vorgabe der Finanzkommission einer ausgeglichenen Erfolgsrechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1,3 Mio. Fr. nahezu eingehalten

werden. Die gemäss IAFP geplanten Nettoinvestitionen werden mit 138,9 Mio. Fr. um 0,4 Mio. Fr. minim überschritten.

- Der im Vergleich zum Voranschlag 2010 höhere Cash Flow führt zusammen mit den um 7,8 Mio. Fr. höheren Nettoinvestitionen (Nettoinvestitionen 2010: 131,1 Mio. Fr., 2011: 138,9 Mio. Fr.) zu einer Reduktion des Selbstfinanzierungsgrades von 69 auf 67%. Somit können im Jahr 2011 nicht alle Investitionen selbstfinanziert werden, es resultiert ein Finanzierungsfehlbetrag von 45,7 Mio. Fr. (Budget 2010: 40,1 Mio. Fr.). Die Nettoverschuldung nimmt im Umfang des Finanzierungsfehlbetrages zu.

1.3.2 Die grössten Abweichungen zwischen Voranschlag 2010 und Voranschlag 2011

Die grössten Abweichungen (Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr.) zwischen Voranschlag 2010 und Voranschlag 2011 sind bei folgenden Positionen (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) zu verzeichnen:

Erfolgsrechnung	In Mio. Fr.
Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Ergänzungsleistungen AHV/IV ¹⁾	21,1
- Staatsbeitrag Finanzausgleich	15,8
- Betriebskosten-/Defizitbeiträge Sonderschulheime	8,8
- Prämienverbilligung KVG	4,7
- Fachhochschule	3,3
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen	3,2
- Umwelt	2,5
- Schulgelder	2,2
- Justizverwaltung	2,1
Total Mehraufwand	+ 63,7
Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)	
- Soziale Institutionen ¹⁾	11,2
- Zinsendienst	4,7
- Ergänzungsleistungen Familien	3,4
- Mittelschulen	2,2
Total Minderaufwand	- 21,5
Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)	
- Staatssteuern	35,0
- Bundesanteile	13,1
Total Mehrertrag	- 48,1
Minderertrag (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Vermögenserträge	2,2
Total Minderertrag	+ 2,2

Obige Tabelle weist aus, dass bei den Aufwand- und Ertragsposten, welche vom Voranschlag 2010 zum Voranschlag 2011 die grössten Änderungen erfahren, die defizitsenkenden Abweichungen die defiziterhöhenden Abweichungen um 3,7 Mio. Fr. übersteigen. Dabei gilt es zu beachten, dass verschiedene der oben aufgeführten Aufwand- und Ertragspositionen aus kantonaler Sicht kaum direkt beeinflussbar sind.

1) Die Subjektfinanzierung von Menschen mit Behinderung führt zu einer Verschiebung der Aufwendungen von den Sozialen Institutionen hin zu den Ergänzungsleistungen (14 Mio. Fr.). Der weitere Mehraufwand resultiert aus einem kleineren Gemeindebeitrag, der Zunahme der Bezüger von EL zur AHV sowie der automatischen Rentenanpassung an den gestiegenen Lebensbedarf.

1.3.3 Die grössten Abweichungen zwischen Rechnung 2009 und Voranschlag 2011

Die grössten Abweichungen (Abweichungen von mehr als 2 Mio. Fr.) zwischen Rechnung 2009 und Voranschlag 2011 sind bei folgenden Positionen (ohne durchlaufende Beiträge und Spezialfinanzierungen) zu verzeichnen:

Erfolgsrechnung	In Mio. Fr.
Mehraufwand (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Ergänzungsleistungen AHV/IV 1)	16,8
- Staatsbeitrag Finanzausgleich	15,6
- Volksschulen	13,2
- Prämienverbilligung KVG	8,7
- Spitalbehandlungen gemäss KVG	8,5
- Abschreibungen Verwaltungsvermögen	5,9
- GB öffentlicher Verkehr	5,2
- Betriebskosten-/Defizitbeiträge Sonderschulheime	5,1
- Ergänzungsleistungen Familien	5,0
- Fachhochschule	4,4
- Umwelt	3,5
- Schulgelder	3,5
- Berufsschulen	2,6
- Justizverwaltung	2,2
- Gerichte	2,1
Total Mehraufwand	+ 102,3
Minderaufwand (Defizitsenkende Abweichung)	
- Soziale Institutionen 1)	13,1
- Zinsendienst	7,7
Total Minderaufwand	- 20,8
Mehrertrag (Defizitsenkende Abweichung)	
- Erlös aus veräussertem Grundeigentum	2,1
Total Mehrertrag	- 2,1
Minderertrag (Defiziterhöhende Abweichung)	
- Staatssteuern	32,9
- Bundesanteile	14,8
- Vermögenserträge	5,3
Total Minderertrag	+ 53,0

Obige Tabelle weist aus, dass bei den Aufwand- und Ertragsposten, welche von der Rechnung 2009 zum Voranschlag 2011 die grössten Änderungen erfahren, die defiziterhöhenden Abweichungen die defizitsenkenden Abweichungen um 132,4 Mio. Fr. übersteigen. Diese 21 Positionen machen rund 92% der Verschlechterung von 144 Mio. Fr. zwischen dem Voranschlag 2011 gegenüber der Rechnung 2009 (exkl. a.o. Ertrag Alpiq von 49,2 Mio. Fr.) aus.

- 1) Die Subjektfinanzierung von Menschen mit Behinderung führt zu einer Verschiebung der Aufwendungen von den Sozialen Institutionen hin zu den Ergänzungsleistungen (14 Mio. Fr.) und einem kleineren Gemeindebeitrag aufgrund der definitiven Festlegung des Verteilschlüssels EL.

1.4 Die Entwicklung der kantonalen Finanzlage

1.4.1 Entwicklung der Finanzkennzahlen 2007 – 2011

Die nachfolgenden Kennzahlen zeigen die Entwicklung der kantonalen Finanzlage anhand der Staatsrechnungen 2007 – 2009 sowie der Voranschläge 2010 und 2011.

Kennzahlen (in Mio. Fr. bzw. %)	2007 Rechnung	2008 Rechnung	2009 Rechnung	2010 Voranschlag	2011 Voranschlag
Cash Flow	244,9	195,4	219,6	91,0	93,2
Abschreibungen auf Investitionen	- 99,1	- 73,0	- 76,9	- 94,5	- 94,5
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	+ 145,8	+ 122,4	+ 142,7	- 3,5	- 1,3
a.o. Erträge/Aufwände	- 69,1		+ 49,2		
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	+ 76,7	+ 122,4	+ 191,9	- 3,5	- 1,3
Nettoinvestitionen	110,0	103,3	109,9	131,1	138,9
Operatives Finanzierungsergebnis	+ 134,9	+ 92,1	+ 109,6	- 40,1	- 45,7
Effektives Finanzierungsergebnis	+ 134,9	+ 92,1	+ 158,8	- 40,1	- 45,7
Selbstfinanzierungsgrad in %	223%	189%	244%	69%	67%
Gesamtabschreibungssatz in %	43,0%	21,5%	20,7%	21,3%	20,1%
Nettoverschuldung*	265,5	173,3	14,6	54,7	100,5
Dito, in Fr. pro Einwohner*	1'050	680	60	210	390
Nettozinsaufwand bzw. -ertrag total	10,4	12,0	- 4,5	- 2,6	- 6,6
Dito, in % der Staatssteuern	1,3%	1,6%	- 0,6%	- 0,4%	- 0,9%
Eigenkapital*	158,4	280,9	472,8	469,3	467,9
Einwohner per Ende Jahr (Schätzung für 2010 und 2011)	253'058	254'444	255'667	256'750	257'880

* Zahlen im Voranschlag 2010 sind aufgrund der Rechnungsergebnisse 2009 aktualisiert.

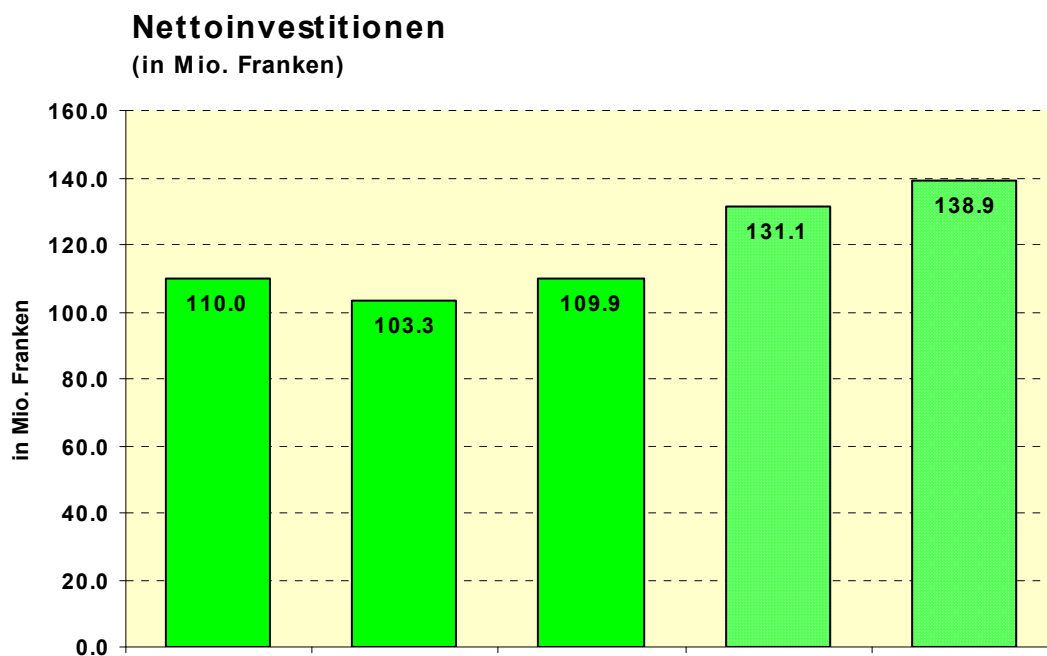
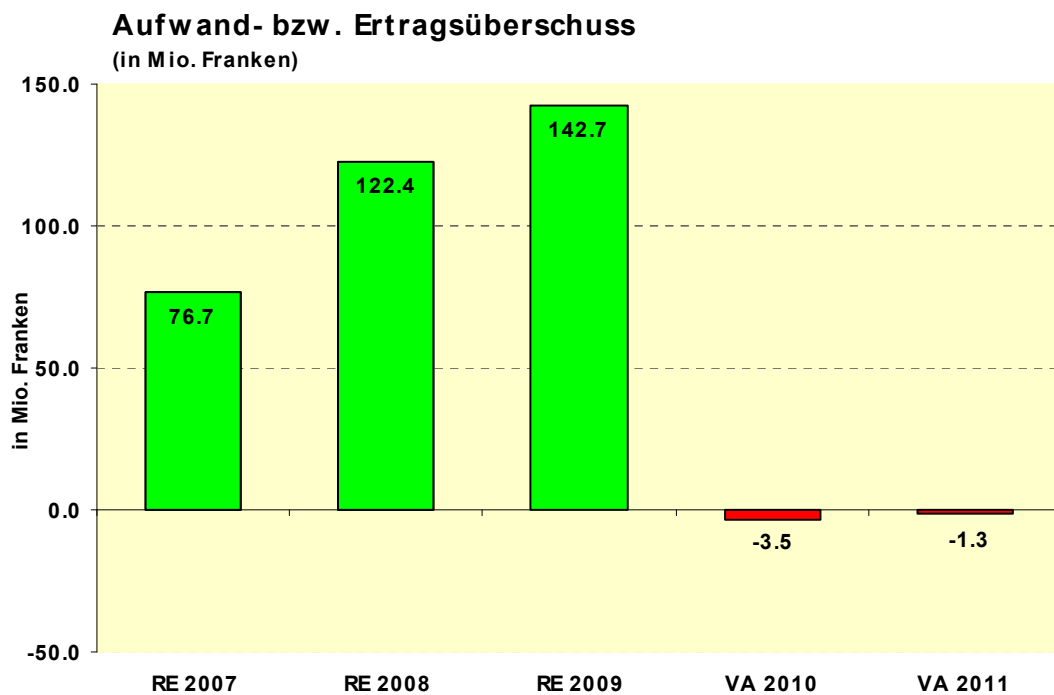
Per Ende 2011 wird die Nettoverschuldung voraussichtlich rund 100,4 Mio. Fr. oder 390 Fr. pro Einwohner betragen. Das Eigenkapital sinkt gemäss der Budgetprognose auf rund 468 Mio. Fr..

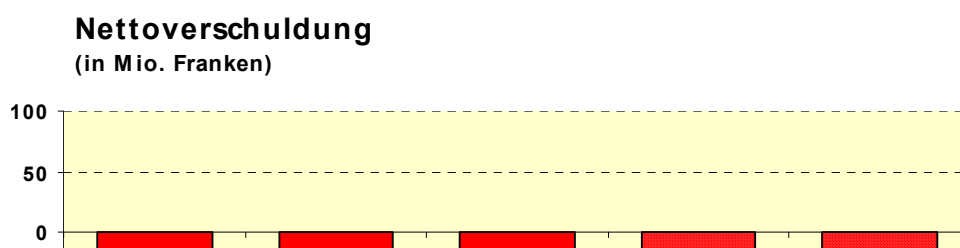
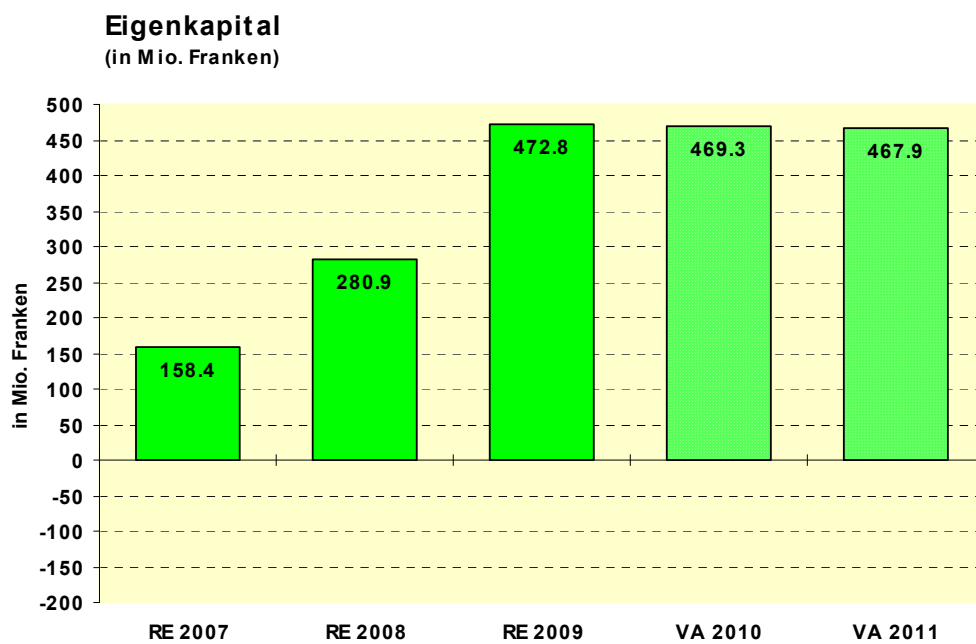
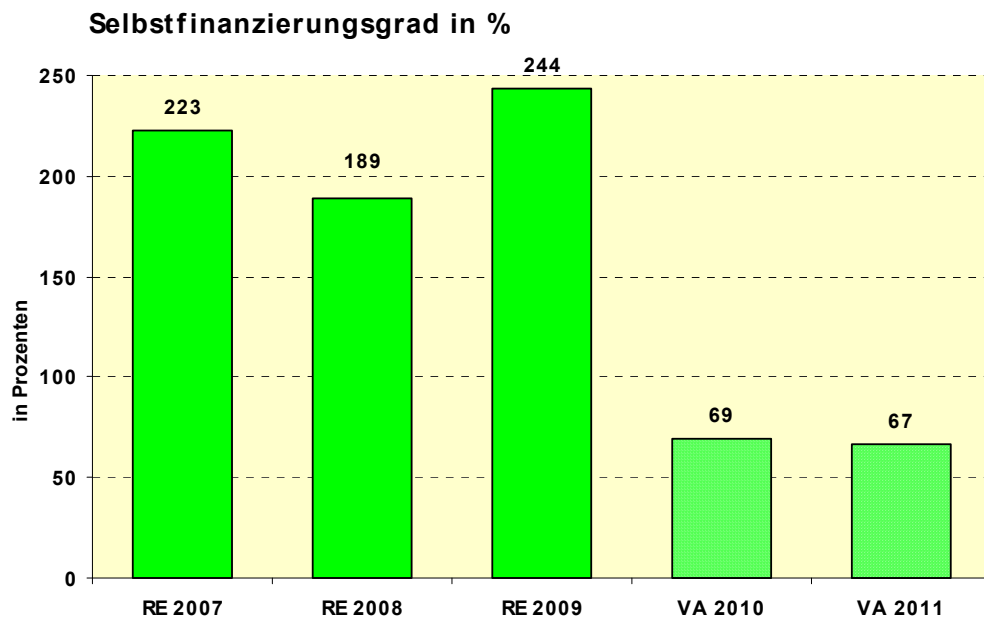
Die zeitverschobenen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise finden nun in den Budgets der Jahre 2010 und 2011 ihren Niederschlag.

Für die Beibehaltung des politischen Handlungsspielraums und zur Verhinderung von strukturellen Defiziten muss die erfolgreiche, vorsichtige Finanzpolitik der letzten Jahre weitergeführt werden. Dies besonders auch im Lichte der mittelfristigen Finanzplanung, welche namentlich in den Bereichen Gesundheit, Soziale Wohlfahrt und Bildung von beträchtlichen Kostensteigerungen ausgeht.

1.4.2 Entwicklung der wichtigsten Finanzkennzahlen 2007 – 2011

Folgend grafische Darstellungen über die Entwicklung der wesentlichsten Finanzkennzahlen von 2007 bis 2011.





2. Globalbudgets

Im Voranschlag 2011 sind Globalbudgets für folgende Aufgaben enthalten:

Mit * gezeichnete Globalbudgets werden im 2011 eine neue GB-Periode beginnen und dem Kantonsrat gleichzeitig mit dem Voranschlag 2011 zum Beschluss vorgelegt.

Globalbudget (aufgabenbezogen)	Leistungserbringende Dienststelle/n
Behörden	Behörden
- Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	- Parlamentsdienste
Staatskanzlei	Staatskanzlei
- Dienstleistungen der Staatskanzlei	- Staatskanzlei
- Drucksachen und Lehrmittel	- Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag
Bau- und Justizdepartement	Bau- und Justizdepartement
- Führungsunterstützung BJD	- Departementssekretariat BJD
- Raumplanung*	- Amt für Raumplanung
- Hochbau	- Hochbauamt
- Strassenbau	- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Öffentlicher Verkehr	- Amt für Verkehr und Tiefbau
- Umwelt*	- Amt für Umwelt
- Denkmalpflege und Archäologie	- Amt für Denkmalpflege und Archäologie
- Geoinformationen	- Amt für Geoinformation
- Jugendanwaltschaft	- Jugendanwaltschaft
- Staatsanwaltschaft	- Staatsanwaltschaft
Departement für Bildung und Kultur	Departement für Bildung und Kultur
- Führungsunterstützung DBK*	- Departementssekretariat DBK
- Volksschulen und Kindergarten	- Amt für Volksschulen und Kindergarten
- Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	- Amt für Berufsbildung, Mittel- und Hochschulen
- Kultur und Sport	- Amt für Kultur und Sport
- Mittelschulbildung*	- Mittelschulen (Kantonsschulen Solothurn und Olten)
- Fachhochschulbildung	- Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn inkl. Pädagogische Fachhochschule
- Berufsschulbildung	- Berufsbildungszentren Solothurn-Grenchen

	und Olten inkl. Bildungszentrum Gesundheit und Soziales
Finanzdepartement	Finanzdepartement
- Führungsunterstützung Finanzdepartement und Amtschreibereiaufsicht* - Finanzen und Statistik - Personalwesen - Steuerwesen - Informationstechnologie* - Amtschreiberei-Dienstleistungen - Staatsaufsichtswesen	- Departementssekretariat FD und Amtschreiberei-Inspektorat - Amt für Finanzen - Personalamt - Kantonales Steueramt - Amt für Informatik und Organisation - Amtschreibereien - Kantonale Finanzkontrolle
Departement des Innern	Departement des Innern
- Gesundheit - Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung - Soziale Sicherheit - Öffentliche Sicherheit* - Administrative und techn. Verkehrssicherheit* - Justizvollzug* - Polizei	- Gesundheitsamt - Solothurner Spitäler AG - Amt für soziale Sicherheit - Amt für öffentliche Sicherheit - Motorfahrzeugkontrolle - Amt für Justizvollzug - Polizei

Globalbudget (aufgabenbezogen)	Leistungserbringende Dienststelle/n
Volkswirtschaftsdepartement	Volkswirtschaftsdepartement
- Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht* - Wirtschaft und Arbeit - Energiefachstelle - Gemeinden und Zivilstandsdienst* - Wald, Jagd und Fischerei* - Landwirtschaft - Militär und Bevölkerungsschutz	- Departementssekretariat VWD und Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht - Amt für Wirtschaft und Arbeit - AWA, Energiefachstelle - Amt für Gemeinden - Amt für Wald, Jagd und Fischerei - Amt für Landwirtschaft - Amt für Militär und Bevölkerungsschutz
Gerichte	Gerichte
- Gerichte*	- Gerichte

2.1 Qualitätssicherung bei den mehrjährigen Globalbudgetvorlagen

Ziel der Qualitätssicherung ist die Gewährleistung einer einheitlichen Darstellung der Leistungen und Finanzen und somit Sicherstellung der Lesbarkeit (Miliztauglichkeit). Gemäss den Beanstandungen und Auftrag sind folgende Teilziele damit verbunden:

- Überprüfung der Aufteilung Globalbudget und Finanzgrössen.
- Sicherstellung aussagekräftiger Ziele, Indikatoren und Standards in Bezug auf Verständlichkeit, Nachvollziehbarkeit, Transparenz und Messbarkeit
- Sicherstellen der Zielhierarchie (Legislaturplan – IAFP – GB-Vorlage)

Der Verwaltungsablauf wurde so angepasst, dass die Globalbudgetvorlagen dem Amt für Finanzen bis spätestens Ende Juni zur Prüfung vorgelegt werden konnten. Aufgrund der Beratungsgespräche der Dienststellen und dem Amt für Finanzen konnten diverse Hinweise diskutiert und die Vorlagen entsprechend angepasst werden.

2.2 Auftrag Kantonsrat betreffend Finanzgrössen

Der Auftrag der CVP/EVP-Fraktion ‚Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets (A 196/2008, 10.12.2008)‘ wurde im Kantonsrat am 6. Mai 2009 erheblich erklärt. Der Regierungsrat wird darin beauftragt, sämtliche betragsmässig relevanten Aufwand- und Ertragspositionen der Globalbudgets, welche nicht in einem direkten Zusammenhang mit den eingesetzten Ressourcen stehen und von den jeweiligen Dienststellen nicht oder nur sehr beschränkt beeinflusst werden können, als Finanzgrössen ausserhalb der Globalbudgets zu führen.

In diesem Sinne wurden die neuen Globalbudget-Vorlagen mit Start am 1.1.2011 kritisch überprüft. Als neue Finanzgrössen wurden beim Amt für Umwelt die Erträge aus Regalien, Konzessionen und Benützungsgebühren sowie bei den Gerichten zusätzlich die Kosten für die Unentgeltliche Rechtspflege, die Amtliche Verteidigung und die Entschädigungen für Freigesproche definiert.

Der Auftrag kann jedoch erst in einem Jahr, wenn alle Globalbudgets turnusgemäss neu vorgelegt und überprüft worden sind, als erledigt abgeschrieben werden.

Erfolgsrechnung

Globalbudgetsaldo (in 1'000 Fr.)	VA10	VA11	Diff. VA10/11	Diff. in %	
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	682.4	699.8	17.4	2.5%	
Dienstleistungen der Staatskanzlei	5'718.1	5'889.5	171.4	3.0%	
Drucksachen und Lehrmittel	2'611.2	2'626.6	15.4	0.6%	
Führungsunterstützung BJD	4'145.2	4'155.2	10.0	0.2%	
Raumplanung	3'053.5	3'021.3	-32.2	-1.1%	
Hochbau	29'070.5	28'576.3	-494.2	-1.7%	
Strassenbau	29'530.1	32'536.8	3'006.6	10.2%	
Öffentlicher Verkehr	36'238.5	35'304.2	-934.3	-2.6%	
Umwelt	1'010.1	12'677.2	11'667.1	1155.0%	1)
Denkmalpflege und Archäologie	2'642.3	2'644.5	2.3	0.1%	
Geoinformationen	1'647.0	1'702.0	55.1	3.3%	
Jugendanwaltschaft	5'731.5	5'987.8	256.3	4.5%	
Staatsanwaltschaft	4'685.1	4'870.1	185.0	3.9%	
Führungsunterstützung DBK	10'929.6	11'099.8	170.2	1.6%	
Volksschulen und Kindergarten	16'415.3	14'739.5	-1'675.8	-10.2%	
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	7'452.4	7'489.0	36.6	0.5%	
Kultur und Sport	6'602.6	6'561.6	-41.0	-0.6%	
Mittelschulbildung	42'458.4	40'549.8	-1'908.6	-4.5%	
Fachhochschulbildung	31'794.0	35'137.0	3'343.0	10.5%	
Berufsschulbildung	38'180.3	38'335.6	155.3	0.4%	
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	1'651.9	1'672.6	20.7	1.3%	
Finanzen und Statistik	1'296.3	1'272.3	-24.0	-1.9%	
Personalwesen	4'600.3	4'622.2	21.9	0.5%	
Steuerwesen	14'212.9	13'781.9	-431.1	-3.0%	
Informationstechnologie	10'187.8	10'205.8	18.1	0.2%	
Staatsaufsichtswesen	967.0	953.9	-13.1	-1.4%	
Amtschreiberei-Dienstleistungen	-7'453.9	-7'928.8	-474.9	6.4%	
Gesundheit	6'045.6	6'061.0	15.4	0.3%	
Solothurnische innerkantonale Spitalversorgung	221'150.0	221'590.0	440.0	0.2%	
Soziale Sicherheit	8'557.8	8'370.2	-187.6	-2.2%	
öffentliche Sicherheit	6'655.4	1'069.9	-5'585.5	-83.9%	2)
Administrative und technische Verkehrssicherheit	-2'431.7	-2'026.1	405.6	-16.7%	
Justizvollzug	3'971.6	10'725.6	6'754.0	170.1%	2)
Polizei	48'567.6	48'801.9	234.3	0.5%	
Führungsunterstützung VWD und Stiftungsaufsicht	1'616.9	1'594.8	-22.1	-1.4%	
Wirtschaft und Arbeit	7'122.2	8'331.5	1'209.3	17.0%	
Energiefachstelle	2'933.2	2'935.4	2.2	0.1%	
Gemeinden und Zivilstandsdienst	3'488.6	3'358.7	-129.8	-3.7%	
Wald, Jagd und Fischerei	3'326.0	3'340.1	14.1	0.4%	
Landwirtschaft	9'391.6	9'362.9	-28.7	-0.3%	
Militär und Bevölkerungsschutz	7'167.9	7'384.9	217.0	3.0%	
Gerichte	16'985.9	14'189.8	-2'796.1	-16.5%	3)
Total Aufwandüberschuss	650'609	664'274	13'665	2.1%	

1) Die Erträge aus Konzessionen und Benützungsgebühren sind neu in der Finanzgrösse 'Wasserwirtschaft' (VA10: 11.6 Mio. Fr. / VA11: 10.5 Mio. Fr.)

2) Transfer der Produktgruppe 'Freiheitsentzug und Betreuung' (Untersuchungsgefängnisse, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewährungshilfe) vom GB 'öffentliche Sicherheit' ins GB 'Justizvollzug' (VA10: 7.7 Mio. Fr. / VA11: 7.8 Mio. Fr.)

3) Die Kosten für URP, Amtl. Verteidigung und Entschädigungen sind neu in den Finanzgrössen der Gerichte (VA10: 3.2 Mio. Fr. / VA11: 3.7 Mio. Fr.)

3. Entwicklung in den einzelnen Departementen

Im Folgenden wird auf besondere Aspekte und Entwicklungen in den einzelnen Departementen hingewiesen. Die Bemerkungen konzentrieren sich auf die allerwichtigsten Punkte. Für die Globalbudgets wird auf die entsprechenden Kantonsratsvorlagen sowie auf die GB-Blätter (Leistungsaufträge mit Produktgruppenzielen, Wirkungs- und Leistungsindikatoren, Standards, Produktgruppenbudgets) der entsprechenden Departemente verwiesen.

3.1 Erfolgsrechnung

Behörden

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	5,5	5,6	5,7	0,1
Ertrag	- 0,6	- 0,5	- 0,5	0
Verrechnungen	- 1,4	- 1,5	- 1,6	- 0,2
Saldo	3,5	3,6	3,6	- 0,1

Der Aufwand der Behörden – Kantonsrat sowie Regierungsrat – steigt im Planjahr 2011 geringfügig an. Die Staatsbeiträge an kantonale Direktorenkonferenzen mussten zum wiederholten Male um ca. 0,1 Mio. Fr. nach oben korrigiert werden.

Staatskanzlei

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	11,5	11,2	11,4	0,2
Ertrag	- 3,0	- 2,9	- 2,9	0
Verrechnungen	- 5,8	- 5,9	- 5,9	0
Saldo	2,7	2,4	2,6	0,2

Im Planjahr 2011 ergibt sich im Vergleich zum Vorjahr ein um ca. 0,15 Mio. Fr. höherer Personalaufwand im Globalbudget der Staatskanzlei.

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	207,2	231,6	234,8	3,1
Ertrag	- 102,3	- 119,6	- 118,1	1,5
Verrechnungen	- 83,1	- 78,8	- 89,9	- 11,0
Saldo	21,8	33,2	26,8	- 6,4

Im Vergleich zum Voranschlag 2010 gibt es aufwand- wie auch ertragsseitig verschiedene Positionen, welche sich neutralisieren. Am meisten ins Gewicht fällt die Erhöhung der Beiträge an Gemeinden aus dem Abwasserfonds in der Höhe von 3,2 Mio. Fr.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	425,3	439,5	454,8	15,3
Ertrag	- 44,7	- 41,6	- 44,2	- 2,6
Verrechnungen	24,9	26,3	26,2	- 0,1
Saldo	405,5	424,3	436,9	12,6

Im Vergleich zum Voranschlag 2010 ist beim Aufwand ein Anstieg um 15,3 Mio. Fr. oder 3,5 % zu verzeichnen. Dieser ist hauptsächlich auf Folgendes zurückzuführen: 8,8 Mio. Fr. im Amt für Volksschule und Kindergarten (AVK), Bereich Sonderschulung, 3,3 Mio. Fr. Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW (Antrag des Fachhochschulrates um einen ausserordentlichen Finanzierungsbeitrag für die Jahre 2009 bis 2011), 2,7 Mio. Fr. Schulgelder (hauptsächlich mehr Personen, die eine Höhere Berufsbildung oder Beruflichen Weiterbildung besuchen sowie Tarifierhöhung im Regionalen Schulabkommen und in der Berufsfachschulvereinbarung).

Der Mehrertrag ist hauptsächlich auf höhere Pauschalsubventionen des Bundes für die Berufsbildung 1,7 Mio. Fr., höhere Erträge von ausserkantonalen Schülern 0,6 Mio. Fr. und höhere Beiträge der Gemeinden an den progymnasialen Unterricht an den Mittelschulen 0,3 Mio. Fr. zurückzuführen.

Im Vergleich zur Rechnung 2009 ergibt sich der Anstieg beim Aufwand hauptsächlich aus folgenden Gründen: Bereich Volksschulen 20,3 Mio. Fr. (höhere Beiträge an Schulleitungen, Weiterbildung Lehrkräfte als Folge der Sek I Reform und im Bereich Heilpädagogik, Integration Sonderschulung, Projektaufwendungen gem. Projektfortschritt, Externe Evaluation), Schulgelder 2,9 Mio. Fr. und Fachhochschule 5,0 Mio. Fr.

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE09*	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	163,8	156,3	158,1	1,9
Ertrag	- 1'297,8	- 1'184,7	- 1'237,7	- 53,0
Verrechnungen	1,0	- 11,3	- 0,2	11,2
Saldo	- 1'133,0	- 1'039,8	- 1'079,7	- 39,9

* ohne a.o. Ertrag von 49.2 Mio. Fr.

Die Veränderung des Ertrages widerspiegelt das konjunkturelle Umfeld. Gegenüber dem Voranschlag 2010 stehen höhere Staatssteuererträge (+ 45,5 Mio. Fr.) und Bundesanteile (+ 13,1 Mio. Fr.) Mindererträgen bei der Handänderungssteuer (- 10,0 Mio. Fr.) gegenüber. Die Erträge der Staatssteuern und der Bundesanteile liegen aber immer noch rund 45 Mio. Fr. unter dem Niveau der Rechnung 2009.

Bei den internen Verrechnungen sind einerseits die Zuweisungen des Treibstoffzollanteils und der LSVA um rund 3 Mio. Fr. tiefer als im Voranschlag 2010. Zudem werden um rund 7,5 Mio. Fr. weniger Overhead- und Abschreibungsbeträge ausbelastet.

Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	726,9	761,2	779,5	18,3
Ertrag	- 306,2	- 321,5	- 327,6	- 6,1
Verrechnungen	67,7	69,8	69,0	- 0,8
Saldo	488,4	509,6	520,9	11,3

Der Nettoaufwand des Voranschlags 2011 liegt um 11 Mio. Fr. höher als im Vorjahr. Der Grund liegt in höheren Aufwendungen im sozialen Bereich im Umfang von rund 10 Mio. Fr. (kleinere Beiträge von Bund und Kantonen bei den Ergänzungsleistungen (- 5 Mio. Fr.) und weniger Aufwendungen bei der Prämienverbilligung (- 5 Mio. Fr.).

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	178,6	176,3	194,2	17,9
Ertrag	- 123,0	- 124,1	- 123,8	0,3
Verrechnungen	- 5,4	- 1,0	- 1,4	- 0,4
Saldo	50,2	51,2	69,0	17,8

Die Zunahme des Nettoaufwandes im Voranschlag 2011 gegenüber dem Voranschlag 2010 ist auf die Erhöhung des Kantonsbeitrages an den Finanzausgleich Gemeinden (+ 15 Mio. Fr.), die Erhöhung des Beitrages an den AVIG-Vollzug (+ 1,2 Mio. Fr.) und kleinere Budgetanpassungen zurückzuführen. Weiter wurden folgende, erfolgsneutrale Anpassungen budgetiert: Erhöhung des Förderbeitrages bei der Energiefachstelle (+ 1,0 Mio. Fr. mit neu zugewiesenen Erträgen aus dem Amt für Umwelt finanziert), eine Erhöhung der Direktzahlungen bei der Landwirtschaft (+ 4,4 Mio. Fr. vom Bund finanziert) sowie eine Abnahme des Kantonsbeitrages an den Finanzausgleich Kirchgemeinden (- 5,6 Mio. Fr. Spezialfinanzierung).

Gerichte

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Aufwand	20,8	22,0	23,0	1,0
Ertrag	- 4,9	- 5,3	- 5,4	- 0,1
Verrechnungen	2,2	2,4	2,6	0,2
Saldo	18,1	19,1	20,2	1,1

Der Mehraufwand gegenüber der Vorperiode wird durch die Mehrbelastung infolge der Umsetzung der schweizerischen Prozessordnungen verursacht.

3.2 Investitionsrechnung

Übersicht

Die Nettoinvestitionen im Betrag von 138,9 Mio. Fr. liegen um 7,8 Mio. Fr. über dem Voranschlag 2010. Von den 138,9 Mio. Fr. Nettoinvestitionen sind 23,1 Mio. Fr. für das Umfahrungsprojekt in

Olten (ERO), 17,5 Mio. Fr. für den Neubau der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten, 8,6 Mio. Fr. für den Neubau der Justizvollzugsanstalt „im Schache“ sowie 6,0 Mio. Fr. für die Hochwasserschutzprojekte Aare und Emme vorgesehen.

Zu den wichtigsten Positionen im Investitionsbudget zählen (Nettoinvestitionen):

- Kantonsstrassenbau (inkl. Umfahrungsprojekte)	51,5 Mio. Fr.
- Bildungs- und Allgemeine Bauten	36,5 Mio. Fr.
- Spitalbauten	19,9 Mio. Fr.
- Informatikprojekte für die allg. Verwaltung	9,1 Mio. Fr.
- Wasserbauten im Bereich Umwelt (Fluss- und Bachverbauungen)	7,8 Mio. Fr.
- Investitionsbeiträge an den öffentlichen Verkehr	5,8 Mio. Fr.
- Beiträge an Strukturverbesserungsmassnahmen in der Landwirtschaft	2,1 Mio. Fr.
- Amtliche Vermessung	1,9 Mio. Fr.
- Polizei	1,6 Mio. Fr.

Bau- und Justizdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Ausgaben	139,6	180,9	191,8	10,9
Einnahmen	- 44,7	- 65,3	- 68,2	- 2,9
Nettoinvestitionen	94,8	115,6	123,6	8,0

Die Ausgaben im Investitionsbereich des Bau- und Justizdepartements sind geprägt durch die gesteigerte Investitionstätigkeit in Olten (Entlastung Region Olten, Neubau Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten) sowie den Neubau der Justizvollzugsanstalt „im Schache“. Die erhöhten Hochbauinvestitionen werden durch etwas tiefere Nettoinvestitionen im Strassenbau neutralisiert. Zusätzlich steigen die Nettoinvestitionen für die Hochwasserschutzprojekte Aare und Emme um 4,2 Mio. Fr. sowie die Investitionsbeiträge im öffentlichen Verkehr um 3,8 Mio. Fr.

Departement für Bildung und Kultur

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Ausgaben	3,3	1,8	2,0	0,2
Einnahmen	- 2,5	- 1,5	- 1,5	0
Nettoinvestitionen	0,8	0,3	0,5	0,2

Veränderte Bemessungssätze aufgrund der Anpassung des Stipendiengesetzes und der Stipendienverordnung gemäss KRB Nr. RG 004a/2008 wirken sich auch bei der Auszahlung von Darlehen aus.

Finanzdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Ausgaben	7,8	8,6	9,1	0,5
Einnahmen	0	0	0	0
Nettoinvestitionen	7,8	8,6	9,1	0,5

Das Amt für Informatik und Organisation benötigt mit 9,1 Mio. Fr. einen leicht höheren Investitionskredit als im Vorjahr. Insbesondere für die Projekte INES und Ambassador sowie die Bevölkerungsstatistik werden Mehrausgaben anfallen. Weitere zusätzliche Ausgaben durch die Neupositionierung der

Umsetzung der IT-Strategie sind noch nicht enthalten. Diese werden erst gegen Ende des Jahres 2010 quantifizierbar sein.

Departement des Innern

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Ausgaben	5,1	2,1	2,1	0
Einnahmen	- 2,5	0	0	0
Nettoinvestitionen	2,7	2,1	2,1	0

Mit dem Abschluss des Projektes „neues Sicherheitsfunknetz POLYCOM für den Kanton Solothurn“ haben sich die Investitionskosten im Departement des Innern bei 2 Mio. Fr. eingependelt.

Volkswirtschaftsdepartement

In Mio. Fr.	RE09	VA10	VA11	Diff. 10/11
Ausgaben	11,3	8,8	7,9	- 0,9
Einnahmen	- 7,5	- 4,3	- 4,3	0
Nettoinvestitionen	3,8	4,5	3,6	- 0,9

Innerhalb des Finanzausgleiches der Einwohnergemeinden sind 0,3 Mio. Fr. (2010: 1,1 Mio. Fr.) als Investitionsbeiträge budgetiert.

Die Investitionsausgaben des Amtes für Wald, Jagd und Fischerei betragen wie im Vorjahr voraussichtlich 0,3 Mio. Fr.. Es handelt sich um Kantons- und Bundesbeiträge an Gemeinden für Wegbauten/Wegsanierungen.

Die Nettoinvestitionen im Amt für Landwirtschaft betragen unverändert 3,1 Mio. Fr.. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Beiträge an Meliorationen und Beiträge für den Unterhalt und die Sanierung von Zufahrten zu Berghöfen.

4. Die grössten Aufwandpositionen

4.1 Die Entwicklung des Besoldungsaufwandes 2010 – 2011

Der Voranschlag 2011 enthält eine Lohnerhöhung von 0,7 Prozent. Von den 4,9 Mio. Fr. Mehrkosten machen die Besoldungskosten der Verwaltungseinheiten rund 2,9 Mio. Fr. aus und sind in den Budgets der einzelnen Dienststellen enthalten. Die übrigen 2,0 Mio. Fr. verteilen sich auf die Betriebsbeiträge an die Spitäler, Sonderschulen und Heime sowie die Lehrerbesoldungssubventionen.

Unter der Berücksichtigung der Lohnerhöhung von 0,7% steigen die Besoldungskosten gegenüber dem Vorjahresbudget insgesamt um rund 4,3 Mio. Fr. oder 1,3%.

Die folgende Tabelle orientiert über den Besoldungsaufwand (brutto) für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, der kantonalen Schulen, Anstalten und Gerichte.

Departement	Voranschlag 2010	Voranschlag 2011	Differenz in Fr.	Differenz in %
Behörden	2'666'282	2'691'800	25'518	1.0
Staatskanzlei	3'108'686	3'257'820	149'133	4.8
Bau und Justiz	41'095'631	41'820'765	725'134	1.8
Bildung und Kultur				
– Lehrkräfte	72'511'916	70'128'999	– 2'382'917	– 3.3
– Verwaltungspersonal	29'659'665	30'632'262	972'597	3.3
Finanz	49'850'498	50'369'497	518'999	1.0
Inneres	88'046'151	91'482'738	3'436'587	3.9
Volkswirtschaft	33'345'498	33'701'840	356'342	1.1
Gerichte				
– Richter	4'795'500	5'070'531	275'031	5.7
– Verwaltungspersonal	9'277'252	9'490'051	212'799	2.3
Total	334'357'080	338'646'303	4'289'224	1.3

Beim Vergleich der Voranschläge 2010 und 2011 ist v.a. Folgendes zu beachten:

- Die Erhöhung der Besoldungskosten in der Staatskanzlei um 4,8% ist hauptsächlich auf die geplante Wiederbesetzung einer vakanten 50%-Stelle bei den Regierungsdiensten sowie auf ein per Mitte 2010 ins Staatsarchiv transferiertes 50%-Pensum für die Mikroverfilmung zurückzuführen
- Beim Departement für Bildung und Kultur liegen die Lehrerbesoldungen um 2,4 Mio. Fr. oder 3,3 % tiefer. Das ist hauptsächlich auf Folgendes zurückzuführen: Wegfall der Besoldungen Logopädie und Förderlehrpersonen von 1,7 Mio. Fr. im Amt für Volksschule und Kindergarten. Die therapeutischen Ressourcen werden ab 1. 8. 2011 dezentral den Schulträgern (Gemeinden, Zweckverbänden) zugeordnet. Als Folge der Reform Sekundarstufe I (Ablösung Untergymnasium durch Sek P) werden bei den Mittelschulen weniger Klassen geführt (1,1 Mio. Fr.). Die Sekundarstufe P dauert nur noch zwei Jahre, das Untergymnasium dauerte 3 Jahre. Die Lehrerbesoldungen am Berufsbildungszentrum Olten (BBZ) haben sich um 0,4 Mio. Fr. erhöht. Dies ist

hauptsächlich auf mehr Klassen an der GIBS, der KBS und neue Angebote mit entsprechend mehr Klassen am Erwachsenenbildungszentrum zurückzuführen.

- Beim Verwaltungspersonal ist der Anstieg insbesondere darauf zurückzuführen, dass das Lehrpersonal des Bildungszentrum Gesundheit und Soziales (BZ-GS) zum Verwaltungspersonal gerechnet wird. Wegen zusätzlicher Berufe bzw. Klassen (Fachangestellte Gesundheit FAGE, Fachangestellte Betreuung FABE, Medizinische Praxisassistentinnen MPA) fallen höhere Besoldungskosten an (0,5 Mio. Fr.). Der restliche Anstieg ist vorwiegend auf Teuerung und Stufenanstieg zurückzuführen.
- Teuerungsbereinigt beträgt die Zunahme der Besoldungskosten im Departement des Innern 2,8 Mio. Fr. Sie ist hauptsächlich auf höhere Lohnkosten bei der Polizei (1,5 Mio. Fr.), auf die gestiegene Geschäftslast bei den Bussenumwandlungen im Straf – und Massnahmenvollzug (0,6 Mio. Fr.) und auf die Schaffung des neuen Amtes für Justizvollzug (0,5 Mio. Fr.) zurückzuführen.
- Die Erhöhung der Besoldungskosten bei den Richtern um 5,7% ist hauptsächlich auf Erhöhungen im Bereich Laienrichter und die Schaffung einer zusätzlichen Haftrichterstelle zurückzuführen.

4.1.1 Pensenübersicht

In der folgende Tabelle wird die geplante Veränderung der Stellenprozente pro Globalbudget gegenüber dem Vorjahr ersichtlich. Dazu zählen alle Mitarbeitenden und Lehrpersonen, welche unbefristet, befristet oder stundenweise mit variablem Pensum angestellt sind sowie das Reinigungspersonal. In den einzelnen Globalbudgetblättern sind die Personaldaten nach Geschlecht aufgeteilt.

GB-Name	Pensenbestand per			Differenz	
	31.12.2009	Ziel 2010	Ziel 2011	absolut	in %
Stabsdienstleistungen für den Kantonsrat	3.5	3.5	3.5	0.0	0.0%
Dienstleistungen der Staatskanzlei	20.8	21.3	21.3	0.0	0.0%
Drucksachen/Lehrmittel	6.9	6.9	6.9	0.0	0.0%
Total Behörden / Staatskanzlei	31.2	31.7	31.7	0.0	0.0%
Führungsunterstützung BJD	18.5	17.5	17.9	0.4	2.3%
Raumplanung	16.5	18.2	18.2	0.0	0.0%
Hochbau	25.0	27.5	28.5	1.0	3.6%
Strassenbau	122.5	124.0	127.4	3.4	2.7%
Öffentlicher Verkehr	3.0	3.0	3.0	0.0	0.0%
Umwelt	51.4	53.2	54.2	1.0	1.9%
Denkmalpflege und Archäologie	11.6	10.0	11.6	1.6	16.0%
Geoinformationen	9.7	9.7	9.7	0.0	0.0%
Jugendanwaltschaft	7.4	7.4	8.3	0.9	12.2%
Staatsanwaltschaft	58.3	59.0	60.5	1.5	2.5%
Total Bau- und Justizdepartement	323.9	329.5	339.3	9.8	3.0%
Führungsunterstützung DBK	15.0	15.0	15.0	0.0	0.0%
Volksschulen und Kindergarten	48.9	51.9	50.7	-1.2	-2.3%
Berufsbildung, Mittel- und Hochschulwesen	37.4	38.4	39.4	1.0	2.6%
Kultur und Sport	16.7	18.0	18.5	0.5	2.8%
Mittelschulbildung	291.7	283.0	282.8	-0.2	-0.1%
Berufsschulbildung	308.7	310.3	321.1	10.8	3.5%
Total Departement Bildung und Kultur	718.4	716.6	727.5	10.9	1.5%
Führungsunterstützung FD und Amtschreibereiaufsicht	10.3	10.2	10.2	0.0	0.0%
Finanzen und Statistik	15.2	15.4	16.4	1.0	6.5%
Personalwesen	16.2	17.1	15.6	-1.5	-8.8%
Steuerwesen	184.9	188.0	187.0	-1.0	-0.5%
Informationstechnologie	40.1	41.1	43.1	2.0	4.9%
Amtschreiberei-Dienstleistungen	173.6	182.5	176.6	-5.9	-3.2%
Staatsaufsichtswesen	6.6	6.6	6.6	0.0	0.0%
Total Finanzdepartement	446.9	460.9	455.5	-5.4	-1.2%
Gesundheit	34.3	35.0	34.4	-0.6	-1.7%
Soziale Sicherheit	59.6	63.5	65.5	2.0	3.1%
Öffentliche Sicherheit	84.0	101.0	48.8	-52.2	-51.7%
Administrative und technische Verkehrssicherheit	95.3	96.1	97.1	1.0	1.0%
Justizvollzug	98.1	99.5	153.1	53.6	53.9%
Polizei	479.2	473.3	475.0	1.7	0.4%
Total Departement des Innern	850.5	868.4	873.9	5.6	0.6%
Führungsunterstützung VWD	10.4	11.0	9.1	-1.9	-17.3%
Wirtschaft und Arbeit	165.5	160.0	150.0	-10.0	-6.3%
Energiefachstelle	3.8	4.8	4.8	0.0	0.0%
Gemeinden und Zivilstandsdienst	33.3	34.1	33.6	-0.5	-1.5%
Wald, Jagd und Fischerei	14.1	13.9	14.2	0.3	2.2%
Landwirtschaft	58.2	59.5	60.2	0.7	1.2%
Militär und Bevölkerungsschutz	38.0	39.0	39.0	0.0	0.0%
Total Volkswirtschaftsdepartement	323.3	322.3	310.9	-11.4	-3.5%
Gerichte	104.0	104.4	109.9	5.5	5.3%
Total Gerichte	104.0	104.4	109.9	5.5	5.3%
TOTAL Globalbudgets	2'798.2	2'833.8	2'848.7	14.9	0.5%

1) Transfer der Produktgruppe 'Freiheitsentzug und Betreuung' (Untersuchungsgefängnisse, Straf- und Massnahmenvollzug, Bewährungshilfe) vom GB 'öffentliche Sicherheit' ins GB 'Justizvollzug'

4.2 Nettoaufwendungen für einzelne Schultypen

Die folgende Tabelle orientiert über die Nettoaufwendungen für die einzelnen Schultypen (in 1'000 Fr.).

Jahr	Volks- Schulen	Mittel- schulen	Berufs- Fachhochschul- Schulen /h. Fach- sch	Hoch- Schulen	Total	
RE07	129'046	46'540	42'642	45'778	27'508	291'514
RE08	¹⁾ 162'517	49'963	46'705 ²⁾	82'126	27'396	368'707
RE09	179'884	53'564	46'984	30'658	28'108	339'198
VA10	191'603	54'171	49'292	31'794	28'620	355'480
VA11	200'384	52'013	49'580	35'137	28'700	365'814

¹⁾ Neuausgestaltung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen (NFA); Kostenverlagerung vom Bund zum Kanton im sonderpädagogischen Bereich, aufbauend ab 2007.

²⁾ Im 2008 wurde für die Schliessung der Deckungslücke der Pensionskasse Solothurn für die Versicherten der Fachhochschule Nordwestschweiz Solothurn und der Pädagogischen Fachhochschule Solothurn eine Rückstellung in der Höhe von 48,4 Mio. Fr. gebildet.

Gegenüber dem Vorjahr ist im Schulbereich ein Mehraufwand von 10,3 Mio. Fr. festzustellen. Diese Abweichung ist vor allem auf folgende Punkte zurückzuführen:

- Im Bereich der Volksschulen ist der Mehraufwand von 8,7 Mio. Fr. insbesondere auf die Veränderungen im Sonderpädagogischen Bereich zurückzuführen. Durch die Aufgabenteilung/-verlagerung vom Bund zu den Kantonen als Folge der Neuausgestaltung der Finanzströme zwischen Bund und Kantonen (NFA) erhöhen sich die Kosten für den Kanton Solothurn um rund 40 Mio. Fr., aufbauend ab 2007. Dass sich diese Kosten nicht in einem Schritt um 40 Mio. Fr. erhöhen werden, war schon frühzeitig, seit 2006, erkennbar. Diese gegenüber dem Voranschlag 2010 angestiegenen Kosten bestätigen die Zielgrösse von den zusätzlichen 40 Mio. Fr., allerdings ohne die Teuerungsrate über die Jahre 2004 bis 2011 berücksichtigt zu haben.
- Im Bereich der Mittelschulen ist der Minderaufwand von 2,1 Mio. Fr. hauptsächlich auf die Reform Sekundarstufe I zurückzuführen (die Sekundarstufe P dauert nur noch zwei Jahre, das Untergymnasium dauerte 3 Jahre). Die Besoldungen Lehrkräfte inkl. Sozialleistungen liegen 1,4 Mio. Fr. tiefer. Die Beiträge der Gemeinden an progymnasialen Unterricht liegen 0,7 Mio. Fr. höher als im Voranschlag 2010. Das ist hauptsächlich auf mehr Schüler und die Tarifierhöhung im Regionalen Schulabkommen ab 1.8.2011, das bei der Berechnung der Beiträge zur Anwendung kommt, zurückzuführen.
- Bei der Fachhochschule ist der Mehraufwand von 3,3 Mio. Fr. hauptsächlich auf den Antrag des Fachhochschulrates um einen ausserordentlichen Finanzierungsbeitrag für die Jahre 2009 bis 2011 auf Grundlage von § 27 Absatz 3 des Vertrags zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz vom 9./10. November 2004 zurückzuführen. Die Regierungen der vier Trägerkantone werden voraussichtlich im Herbst 2010 das Geschäft den Parlamenten zur Beschlussfassung unterbreiten.

4.3 Zinsendienst

Die Passivzinsen belasten den Voranschlag mit total 20,1 Mio. Fr., d.h. 4,7 Mio. Fr. weniger als im Voranschlag 2010. Die Vermögenserträge nehmen aufgrund des tiefen Zinsniveaus und der zunehmend verschlechterten Liquiditätslage ebenfalls leicht um 0,7 Mio. Fr. ab. Im Jahr 2011 sollten die Vermögenserträge wiederum die Passivzinsen übersteigen (Nettozinsertrag).

Für die Berechnung des Nettozinsaufwandes wird der Sachgruppe 32 (Passivzinsen) die Sachgruppe 42 (Vermögenserträge) gemäss volkswirtschaftlicher Gliederung (vgl. Übersichten) gegenübergestellt. Die Entwicklung seit 2007 zeigt sich wie folgt:

Zinsendienst (in Mio. Fr.)	RE07	RE08	RE09	VA10	VA11
Passivzinsen (Sachgr. 32)	36,9	34,6	27,2	24,8	20,1
– Vermögensertr. (Sachgr. 42*)	26,5	22,6	31,7	27,4	26,7
= Nettozinsaufwand	10,4	12,0	– 4,5	– 2,6	– 6,6
Total Staatssteuern	814,5	762,9	797,0	719,3	764,8
Nettozinsaufwand/–ertrag in %	1,3	1,6	– 0,6	– 0,4	– 0,9

* exkl. Buchgewinne (Sachkonti 424/427/428)

Auch im Voranschlag 2011 übersteigen die Vermögenserträge trotz historisch tiefen Anlagezinssätzen die Aufwendungen für die Passivzinsen.

4.4 Abschreibungen

4.4.1 Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen

Die Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen werden, wie im laufenden Jahr, mit 10 % budgetiert. Darin enthalten sind auch die Abschreibungen der neuen, geplanten bedingt rückzahlbaren Darlehen des öffentlichen Verkehrs. Zusätzliche Abschreibungen sind nicht vorgesehen. Das abzuschreibende Verwaltungsvermögen verändert sich wie folgt:

Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 1.1.2011	340.7 Mio. Fr.
Aktivierungen des Jahres 2011	77.8 Mio. Fr.
Verwaltungsvermögen per 31.12.2011	418.5 Mio. Fr.

davon:

mindestens 10 % Abschreibung 2011	41.9 Mio. Fr.
Ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen 2011	41.9 Mio. Fr.

4.4.2 Abschreibungen auf dem Finanzvermögen

Die erlassenen und uneinbringlichen Staatssteuern werden im Sinne des Bruttoprinzips und einer verbesserten Transparenz separat aufgezeigt. Die vorgesehenen Abschreibungen basieren auf Erfahrungswerten der Rechnung 2009 sowie des 1. Halbjahres 2010 und sind wie folgt budgetiert:

– Staatssteuern natürliche Personen	12,0 Mio. Fr.
– Staatssteuern juristische Personen	0,4 Mio. Fr.

- Spitalsteuern	0,1	Mio. Fr.
- Sondersteuern	0,7	Mio. Fr.
- Finanzausgleichssteuern	0,05	Mio. Fr.
Total	13,25	Mio. Fr.

Die budgetierten Abschreibungen auf dem Finanzvermögen machen wie im Vorjahr rund 1,7 % des gesamten Staatssteuerertrages aus.

4.4.3 Abschreibungen auf Spezialfinanzierungen

Auf den Spezialfinanzierungen (insbesondere Strassenbauten) werden die Nettoinvestitionen in der Höhe von insgesamt 52,6 Mio. Fr. (Voranschlag 2010: 55,8 Mio. Fr.) vollständig abgeschrieben.

– Gesamtabschreibungssatz

Der Gesamtabschreibungssatz wird wie folgt berechnet:

	Mio. Fr.
Abzuschreibendes Verwaltungsvermögen per 31.12.2011	418,5
<u>Abzuschreibende Nettoinvestitionen der Spezialfinanzierung 2011</u>	<u>52,6</u>
Total abzuschreibende Aktiven	471,1
Ordentliche Abschreibung auf Verwaltungsvermögen	41,9
<u>Abschreibung auf Spezialfinanzierungen (100 %)</u>	<u>52,6</u>
Für Berechnung Gesamtabschreibungssatz massgebende Abschreibungsgrösse	94,5

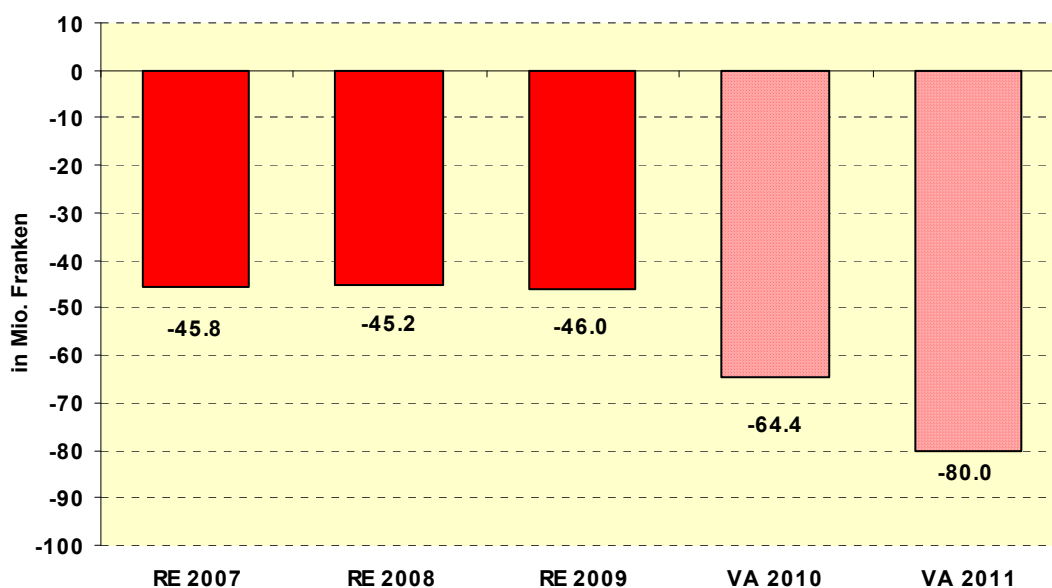
$$\text{Gesamtabschreibungssatz} = 94,5 : 471,1 \times 100 = 20,1 \%$$

Von den per 31. Dezember 2011 abzuschreibenden Aktiven des Verwaltungsvermögens und der Spezialfinanzierungen von insgesamt 471,1 Mio. Fr. werden zulasten der Erfolgsrechnung 41,9 Mio. Fr. und zulasten von Spezialfinanzierungen 52,6 Mio. Fr. abgeschrieben. Der Gesamtabschreibungssatz erreicht mit 20,1 % (Voranschlag 2010: 21,3 %, Rechnung 2009: 20,5 %) erneut ein erfreulich hohes Niveau.

4.5 Spezialfinanzierung Strassenbaufonds

Strassenbaufonds

- Verlustvortrag bzw. + Eigenkapital in Mio. Franken



Die Finanzierung des Strassenbaufonds ist unter der Kontengruppe 6039 "Finanzierung Strassenbaufonds" ausgewiesen.

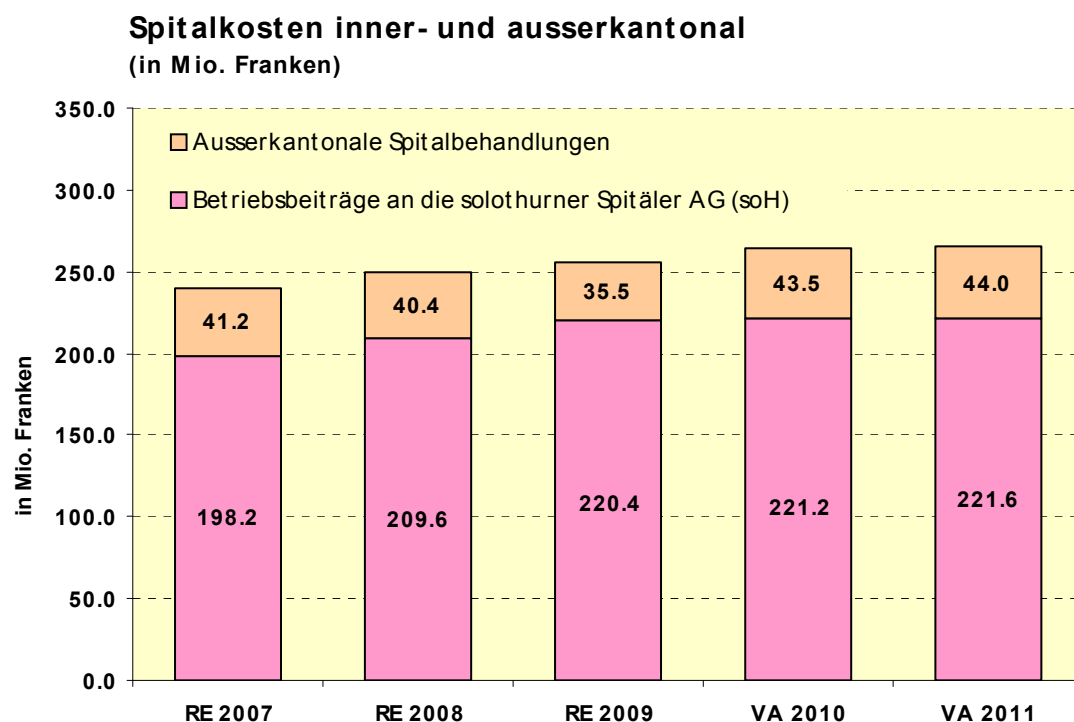
Der Aufwand im Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT) wird, soweit er den Strassenbau und -unterhalt betrifft, vollumfänglich durch die zweckgebundenen Mittel aus den Motorfahrzeugsteuern und -gebühren sowie durch einen Bezug aus der Spezialfinanzierung abgedeckt. Zulasten der ordentlichen Mittel gehen dagegen die Beiträge an den öffentlichen Verkehr.

Die Abschreibungen der laufenden Investitionen im Kantonsstrassenbau belaufen sich auf total 51,5 Mio. Fr. (2010: 54,0 Mio. Fr.).

Die Zuweisungen des Bundes aus dem allgemeinen Treibstoffzollanteil von 11,1 Mio. Fr., der Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA von 12,4 Mio. Fr. und dem Globalbeitrag Hauptstrassen von 0,8 Mio. Fr. werden vollumfänglich dem 'Strassenbaufonds' zugewiesen.

Die Ausgaben im Strassenbau sind über die Spezialfinanzierung gedeckt. Trotz der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer im Zusammenhang mit den beiden Umfahrungsprojekten in Solothurn und Olten muss mit einer Entnahme aus der Spezialfinanzierung von 15,6 Mio. Fr. gerechnet werden. Die Fondsverschuldung wird deshalb bis Ende 2011 auf voraussichtlich rund 80 Mio. Fr. ansteigen.

4.6 Inner- und ausserkantonale Spitalbehandlungen



Die Zunahme der Spitalkosten wird 2011 geringer ausfallen als in den vergangenen Jahren. Die Kosten der innerkantonalen Spitalbehandlungen (Beiträge an die soH) nehmen von 221,2 Mio. Fr. um 0,4 Mio. Fr. auf 221,6 Mio. Fr. zu. Die Kosten bei den ausserkantonalen Spitalbehandlungen gemäss KVG steigen um 0,5 Mio. Fr. von 43,5 Mio. Fr. auf 44,0 Mio. Fr. im Jahr 2011. Ab 2012 muss jedoch aufgrund der neuen Spitalfinanzierung (KVG-Revision) mit massiv höheren Kosten (+ 60 Mio. Fr.) gerechnet werden.

4.7 Soziale Sicherheit

Der Nettoaufwand für die Leistungsfelder der sozialen Sicherheit beträgt rund 169 Mio. Fr.. Er resultiert aus einem Bruttoaufwand von rund 364 Mio. Fr. abzüglich einem Bruttoertrag von rund 195 Mio. Fr..

Um die Leistungen zu erbringen, stehen dem Amt für soziale Sicherheit im Voranschlag 2011 maximal 8,3 Mio. Fr. (Globalbudget) zur Verfügung. Mittels interner Verrechnung werden durch das Ausgleichskonto Asyl die Kosten für Infrastruktur Integration und Asyl in der Höhe von 1,5 Mio. Fr. finanziert, was die Belastung der Staatsrechnung auf netto 6,8 Mio. Fr. reduziert.

Der Nettoaufwand für die Sozialintegration und Prävention beträgt 23,2 Mio. Fr.. Davon werden aufgewendet:

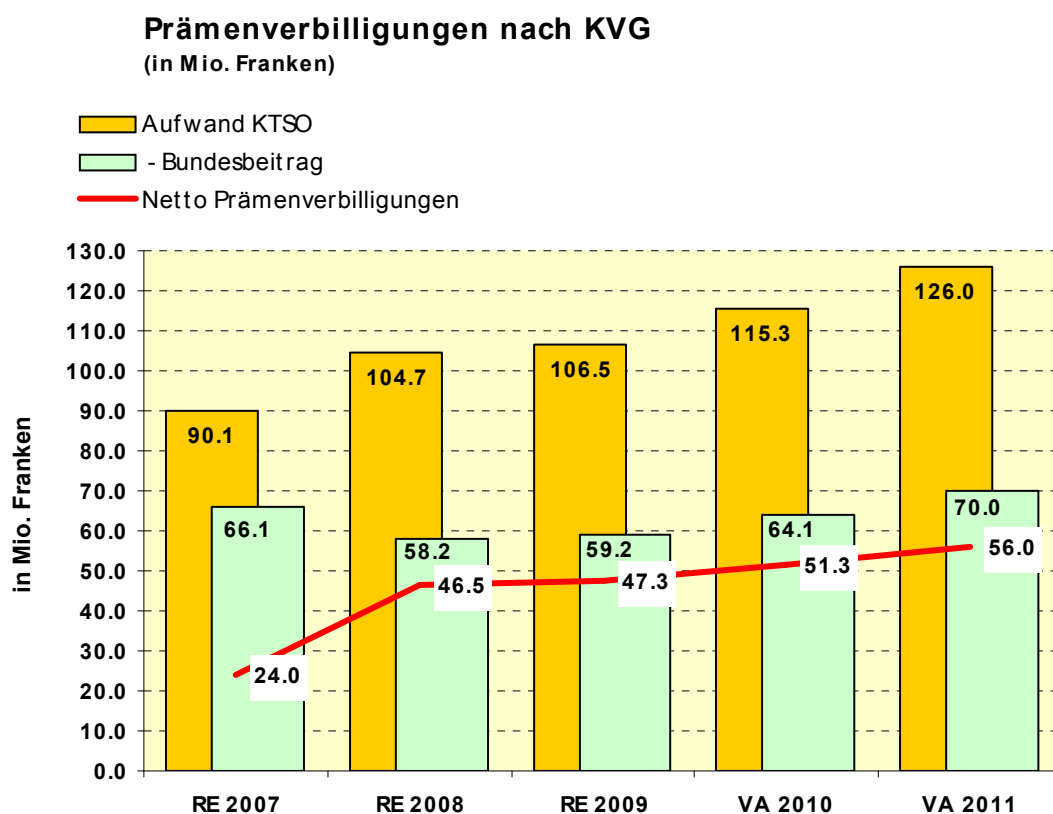
	Mio. Fr.
- Projekte zur Integration ausländischer Staatsangehöriger	1,5
Bruttoaufwand 1,75 Mio. Fr. abzüglich Bundesbeitrag von 0,25 Mio. Fr.; 1,5 Mio. Fr.	
werden mittels interner Verrechnung durch das Ausgleichskonto Asyl finanziert	
- Opferhilfe	1,2
- Projekte zur Suchtprävention	0
Bruttoaufwand 0,95 Mio. Fr., finanziert durch den Alkoholzentel des Bundes	
- Spielsuchtprävention	0
Bruttoaufwand 0,13 Mio. Fr., finanziert durch die Spielsuchtabgabe swisslos	
- Beiträge an innerkantonale Werkstätten	18,0
- Beiträge an ausserkantonale Wohnheime und Werkstätten	2,0
- Präventionsmassnahmen	0,5
- Projekte aus dem Bettagsfranken.	0
Bruttoaufwand 0,5 Mio. Fr., finanziert aus Lotteriefonds	

Die Nettoaufwendungen für die Sozialversicherungen und Ergänzungshilfen betragen, einschliesslich Verwaltungskosten, 150,8 Mio. Fr.. Davon werden aufgewendet:

	Mio. Fr.
- nicht erhältliche oder erlassene AHV-Mitgliederbeiträge	0,7
- Ergänzungsleistungen Familien	5,0
- Familienzulagen in der Landwirtschaft	1,4
- Ergänzungsleistungen AHV	27,0
Bruttoaufwand 77,3 Mio. Fr. abzüglich Bundesbeitrag von 15,3 Mio. Fr. und Beitrag der Einwohnergemeinden von 35,0 Mio. Fr.	
- Ergänzungsleistungen IV	56,5
Bruttoaufwand 98,4 Mio. Fr. abzüglich Bundesbeitrag von 19,3 Mio. Fr. und Beitrag der Einwohnergemeinden von 22,6 Mio. Fr.	
- Verwaltungskosten an die Ausgleichskasse Kanton Solothurn	4,2
- Prämienverbilligung an die Versicherten gemäss KVG	56,0

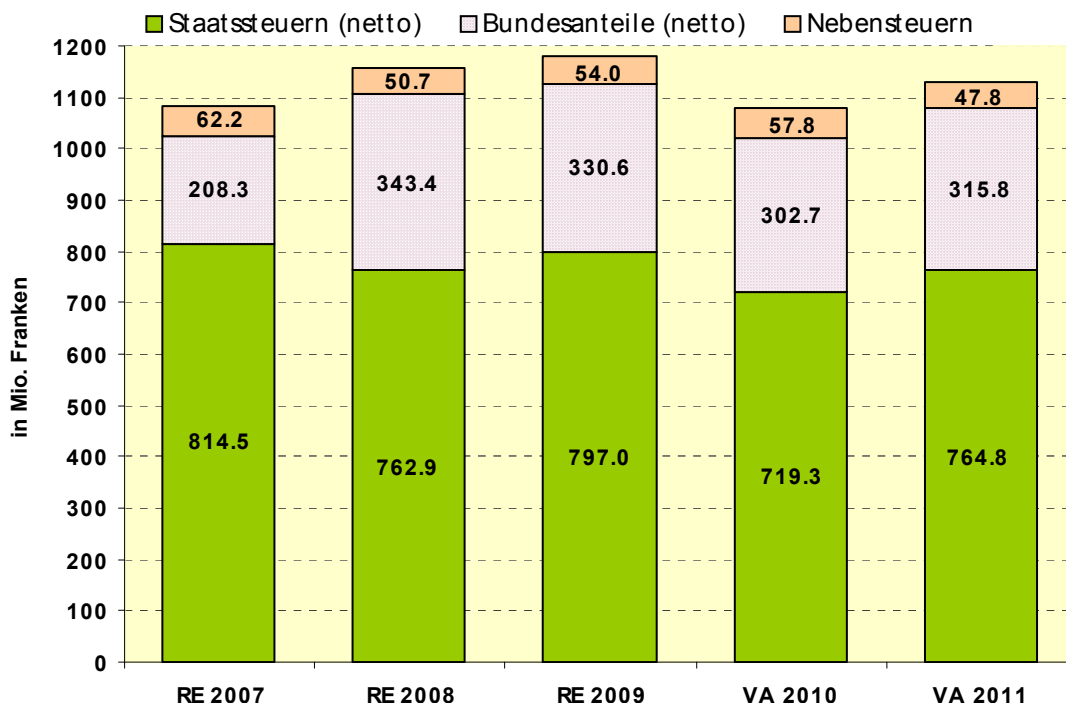
Bruttoaufwand 126,0 Mio. Fr. abzüglich voraussichtlichem Bundesbeitrag von 70,0 Mio. Fr.

Der Nettoaufwand für die Asyl- und Flüchtlingsrechnung ist ausgeglichen. Dem Aufwand von brutto 22,5 Mio. Fr. stehen ein Bundesbeitrag von 21,5 Mio. Fr. und Entnahmen aus den Ausgleichskonti gegenüber.



5. Die grössten Ertragspositionen

Entwicklung wichtigste Erträge (in Mio. Franken)



Im Vergleich zum Voranschlag 2010 erhöhen sich die wichtigsten Erträge um 44,5 Mio. Fr.. Hingegen reduzieren sich die Erträge gegenüber der Rechnung 2009 aufgrund des konjunkturellen Umfeldes um 57,3 Mio. Fr.

5.1 Bundesanteile

Die Erträge aus Bundesanteilen werden in enger Zusammenarbeit mit der Eidgenössischen Finanzverwaltung ermittelt. Die Neuberechnung des NFA-Ressourcenausgleichs führt im Jahr 2011 zu einer Erhöhung des Anteils für den Kanton Solothurn von 6,8 Mio. Fr.. Dieser Mehrertrag ist einerseits auf den Rückgang im Ressourcenindex gegenüber dem Vorjahr (neu 76,5 von bisher 77,1), andererseits aber auch auf Verschiebungen im Ressourcenindex bei den anderen Kantonen zurückzuführen.

Bundesanteile (in Mio. Fr.)	RE07	RE08	RE09	VA10	VA11
Ertrag Nationalbank	57,7	54,6	54,5	54,5	54,2
Direkte Bundessteuer	49,7	55,3	53,9	51,0	54,9
Verrechnungssteuer	14,8	21,0	14,1	9,8	12,5
Finanzausgleichsbeitrag	79,4	3,8	–	–	–
NFA – Ressourcenausgleich	–	212,3	211,6	190,8	197,6
NFA – Härteausgleich	–	– 4,1	– 4,1	– 4,1	– 4,1
Anteil EU-Zinsbesteuerung		0,5	0,6	0,7	0,7

Allg. Treibstoffzollanteil*	6,3	-	-	-	-
Total	208,3	343,4	330,6	302,7	315,8

* entspricht nur dem Anteil am Allg. Treibstoffzollanteil , welche der allgemeinen Staatsrechnung zugewiesen werden (Kontengruppe 6416).

5.2 Staatssteuerertrag

Die Berechnung des Staatssteuerertrages geht von einem Steuerfuss von 105% aus. Ein positiver Volksentscheid zum Transfer der Höhenklinik Allereheligenberg an andere Standorte der Solothurner Spitäler AG hätte eine Reduktion des Steuerfusses um einen Prozentpunkt im Jahr 2011 zur Folge.

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	VA10	VA11	Differenz	
			absolut	in %
Staatssteuer nat. Personen*/**	590,0	630,0	+ 40,0	+ 6,8%
Staatssteuer jur. Personen*	110,0	115,0	+ 5,0	+ 4,5%
Finanzausgleichsteuer	10,5	11,0	+ 0,5	+ 4,8%
Bussen (Strafsteuer)	1,0	1,0	–	–
Grenzgängerbesteuerung	1,5	1,5	–	–
Grundst.gewinnsteuer (netto)	6,3	6,3	–	–
Total	719,3	764,8	+ 45,5	+ 6,3%

* inkl. Erträge aus Vorjahren

** inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern und Kapitalabfindungssteuern

Staatssteuern (in Mio. Fr.)	RE07	RE08	RE09	VA10	VA11
Staatssteuer nat. Personen*/**	599,9	605,3	614,1	590,0	630,0
Staatssteuer jur. Personen*	180,6	133,5	161,0	110,0	115,0
Finanzausgleichsteuer	17,1	13,6	14,2	10,5	11,0
Bussen (Strafsteuer)	0,9	1,3	0,2	1,0	1,0
Grenzgängerbesteuerung	1,5	1,7	1,6	1,5	1,5
Grundstückgewinnsteuer (netto)	14,5	7,5	5,9	6,3	6,3
Total	814,5	762,9	797,0	719,3	764,8

* inkl. Erträge aus Vorjahren

** inkl. die separat ausgewiesenen Quellensteuern und Kapitalabfindungssteuern

Die konjunkturellen Aussichten haben sich verbessert. Das wirtschaftliche Wachstum und die tiefen Schuldzinsen lassen bei den natürlichen Personen auf eine positive Entwicklung des Steuerertrages schliessen. Deshalb wurde der Steuerertrag von natürlichen Personen beim Voranschlag 2011 nach oben angepasst. Anders ist die Entwicklung des Steuerertrages 2011 bei den juristischen Personen. Der Ertrag von juristischen Personen wird sich infolge der Wirtschaftskrise nur langsam erholen. Der Steuerertrag der juristischen Personen für das Jahr 2011 wird deshalb nur leicht höher budgetiert als jener für 2010.

5.3 Nebensteuern

Gestützt auf Hochrechnungen der Zahlen des laufenden Jahres kann aus Nebensteuern für 2011 ein Ertrag von 47,8 Mio. Fr. erwartet werden. Die folgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Erträge für die Jahre 2007 – 2011:

Nebensteuern (in Mio. Fr.)	RE07	RE08	RE09	VA10	VA11
Handänderungssteuer	40,9	33,8	35,1	35,5	25,5
Erbschaftssteuer	14,9	11,5	13,7	15,5	15,5

Nachlassstaxe	5,3	4,8	4,6	6,0	6,0
Schenkungssteuer	1,1	0,6	0,6	0,8	0,8
Total	62,2	50,7	54,0	57,8	47,8

Ab Rechnungsjahr 2011 werden bei Erwerb von Grundstücken, die dauernd selbst genutzt werden, keine Handänderungsteuern mehr fällig. Diese teilweise Befreiung der Handänderungssteuer wirkt sich nachhaltig auf den Ertrag aus. Der Steuerausfall wird rund 10 Mio. Fr. betragen.

6. Antrag

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Walter Straumann
Landammann

Andreas Eng
Staatsschreiber

7. Beschlussesentwurf

Voranschlag 2011

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Buchstabe b und Artikel 37 Absatz 1 Buchstabe c der Kantonsverfassung vom 8. Juni 1986¹⁾, §§ 20, 23 und 43 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vom 3. September 2003²⁾, § 5 des Steuergesetzes vom 1. Dezember 1985³⁾, § 128 Absatz 2 des Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978⁴⁾, § 24 Absatz 2 des Strassengesetzes vom 24. September 2000⁵⁾, nach Kenntnisaufnahme von Botenschaft und Entwurf vom 14. September 2010 (RRB Nr. 2010/1656), beschliesst:

I.

1. Der Voranschlag für das Jahr 2011 der Erfolgsrechnung mit einem Aufwand von Fr. 1'861'502'591.--, einem Ertrag von Fr. 1'860'167'004.-- und einem operativen Aufwandüberschuss von Fr. 1'335'587.-- sowie die Ziele der Produktgruppen der Globalbudgets der Erfolgsrechnung werden genehmigt.
2. Der Voranschlag für das Jahr 2011 der Investitionsrechnung mit Gesamtausgaben von Fr. 212'865'000.--, Gesamteinnahmen von Fr. 73'985'000.-- und Nettoinvestitionen von Fr. 138'880'000.-- wird genehmigt.
3. Im Jahre 2011 wird der Steuerfuss auf 105 % der ganzen Staatssteuer festgelegt.
4. Aus dem Ertrag der 2010 eingehenden Grundstückgewinnsteuern legen der Kanton und die Gesamtheit der Einwohnergemeinden je 20 Prozent in die Spezialfinanzierung „Natur- und Heimatschutz“ ein.
5. Die Erträge des Allgemeinen Treibstoffzollanteils, der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe LSVA sowie der Globalbeitrag Hauptstrassen werden vollumfänglich der Spezialfinanzierung „Strassenbaufonds“ zugewiesen.
6. Das Eigenkapital von Spezialfinanzierungen wird nur verzinst, wenn das Gesetz eine Verzinsung ausdrücklich vorsieht.
7. Der Abschreibungssatz vom Verwaltungsvermögen wird auf 10 % und derjenige auf den Investitionen der Spezialfinanzierungen auf 100 % festgelegt.

¹⁾ BGS 111.1

²⁾ BGS 115.1

³⁾ BGS 614.11

⁴⁾ BGS 711.1

⁵⁾ BGS 725.11

II.

Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt. Der Beschluss ist im Amtsblatt zu publizieren.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

Verteiler KRB

Amt für Finanzen (5)

Departemente (5)

Staatskanzlei (ENG, STU)

Amtsblatt

Parlamentscontroller

Kantonale Finanzkontrolle

Parlamentsdienste